

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreise: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Auslieferung 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Wochensubskriptionen 1,50 Mk. Einjahresabonnementen 15 Mk. (Vorauszahlung). Die Wilsdruffer Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Postfach 10. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Postfach 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Postfach 10.

Abbestellung: Die Abbestellung muss spätestens 24 Stunden vor dem Erscheinen der Zeitung bei der Geschäftsstelle oder bei der Poststelle erfolgen. Die Abbestellung muss schriftlich oder mündlich bei der Geschäftsstelle oder bei der Poststelle erfolgen. Die Abbestellung muss mit dem Namen des Abbestellers versehen sein. Die Abbestellung muss mit dem Namen des Abbestellers versehen sein.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weiskun, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 238. — 87 Jahrgang Telegr.-Nbr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 10. Oktober 1928

Pläne zur Reichserneuerung

Preußen ein Reichsland?

Eine Denkschrift des Luther-Bundes.
Der unter der Führung des ehemaligen Reichskanzlers Luther stehende „Bund zur Erneuerung des Reiches“ veröffentlicht eine sog. Denkschrift, die in ihrer Ausdehnung ein Buch darstellt und die ausführliche Vorschläge für die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern bringt. Der Bund will nach seiner Angabe vorbereitende Arbeit für den von der Reichsregierung geleiteten Reichsreformauschuss (Länderkonferenz) leisten. Dabei weist der Bund die Ablehnung an eine der jeweiligen parlamentarischen Mehrheiten oder Minderheiten und stellt unter Verzicht auf eine festgeschlossene Anhängergruppe die Forderung, daß seine Vorschläge ohne parteipolitische und auch ohne partikuläristische Vereinnahmung geprüft und zur Grundlage einer rein sachlichen Entscheidung gemacht werden.
Im Vorwort der Denkschrift wird betont, daß die Vorschläge zustande gekommen seien in eingehender Arbeit von Männern aus ganz verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen, beamteten und wissenschaftlichen Lebensrichtungen. Bei ihrer Arbeit habe diese die Zeitabsicht geeint, einen Ausgleich unter den verschiedenen Grundanschauungen zu schaffen. Selbstverständlich werde der Bund bei dem Arbeitsergebnis nicht stillstehen, sondern seine Arbeiten fortsetzen.

„Das Reich als Kuppel.“

Der Reichserneuerungsbund hatte anlässlich der Herausgabe der Denkschrift eine Presseversammlung in die Deutsche Gesellschaft nach Berlin einberufen, in der die Mitglieder des Reichsreformauschusses des Bundes Erklärungen über die Ziele und Wünsche des Bundes abgaben. Der demokratische Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen erklärte, daß Hamburg bereit sei, im Deutschen Reich aufzugehen, obwohl es eine längere Geschichte staatlichen Eigenlebens aufweise als fast alle anderen Länder. Gerade als Reichpreußen behenne er sich als ein Vorkämpfer Preußens und seiner großen historischen Aufgabe, die Einheit und Erbaner des Deutschen Reiches zu sein. Der Weg über Großpreußen sei aber nicht möglich und deshalb müsse Preußen seine historische Aufgabe darin sehen, den großen Schritt vorwärts zu tun, der aus Preußen und den anderen norddeutschen Ländern ein einheitliches Reichsland entstehen lasse.

Reichskanzler a. D. Luther

betonte, in der deutschen politischen Seele seien drei starke Säulen vorhanden: Unitarismus, Föderalismus und der Gedanke an die historische Aufgabe Preußens. Man müsse dafür sorgen, daß das Reich als von diesen Säulen getragene Kuppel trotz des dauernd in Bewegung befindlichen Untergrundes durch Pfeilerstützen dieser drei wichtigsten Säulen immer fest und sicher ruhe. Deshalb lege die Lösung in einem Ausbau der Selbstverwaltung. Diese müsse unter Aufsicht der Staatskraft des Preussischen Staates auf das Reich neigefaltet werden.

Nord und Süd.

Wir haben einen „Reichsreformauschuss“, der aus Vertretern der Reichsregierung und der Länderregierungen besteht und „schon“ zweimal zusammentrat, um zu beraten, wie die Beziehungen zwischen Reich und Ländern anders, einfacher, weniger kostspielig gestaltet werden können. Um zu beraten — wem ist man nämlich noch nicht gekommen. Wir haben unzählige Denkschriften aus Wirtschaftskreisen kennengelernt, die eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern auch in der Frage finanzieller Beziehungen verlangen, weil Deutschland es sich nicht leisten dürfe, länger ein derart kompliziertes und überaus kostspieliges Verwaltungssystem beizubehalten. Aber eine Tagesbeobachtung sind auch diese Anregungen nicht hinausgekommen. Und schließlich besteht — neben anderen ähnlichen Organisationen — auch der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ unter Leitung des früheren Reichskanzlers Dr. Luther. Man will dort bewusst überparteilich arbeiten, weil schließlich der Bund nach Reichsreform in allen Parteien des Deutschen Reiches eifrige Befürworter findet, natürlich auch nicht minder eifrige Gegner der Vorschläge, die der Bund jetzt in einer langen Denkschrift veröffentlicht. Man betrachtet darin als Kern des Problems „Reich und Länder“ die Reform der Beziehungen zwischen Reich und Preußen. Dieser Dualismus zwischen dem Reich und dem größten Staat im Reich ist unerträglich geworden und „hätte die Wirksamkeit und innenpolitische Maßnahmen des Reiches in Frage“ gesetzt. Außerdem könne gegen preussischen Widerstand die Reichsregierung „sich in wichtigen im Interesse der deutschen Wirtschaftslage liegenden Maßnahmen nicht durchsetzen“. Das ist richtig, ja die Erfahrung lehrt, daß Differenzen zwischen Reichskabinet und Preussenregierung nicht etwa bloß dann vorlämen, wenn sie beide

parteilich verschieden zusammengesetzt waren. Und die deutsche Wirtschaft ist — selbstverständlich — schärfste Gegnerin innenpolitischer Grenzbeziehungen, für deren Aufrechterhaltung häufig recht durchsichtige parteipolitische Gründe zwar nicht geltend gemacht werden, aber geltend sind. Da plagen denn die verschiedenen Interessen aufeinander und werden zu politischen Machtkämpfen.

Um wenigstens in dem Kern des Problems vorwärtszukommen, schlägt die Denkschrift Luthers eine Umwandlung Preußens in ein „Reichsland“ vor, dem — unter Zusammenfassung und Ausgleichung der territorialen Zerstückelungen — die nord- und mittel-deutschen Staaten als besondere Provinzen angeschlossen werden. Für dieses künftig als Reichsland zu verwaltende Land treten Reichspräsident, Reichsrat und Reichstag an die Stelle von Staatsregierung und Landtag. Genauer gesagt: Staatsregierung und Landtag an. Dagegen soll es einen „Staatsrat des Reichslandes“ geben und an der Spitze der Provinzen dieses Reichslandes steht ein Beamter, der auch ständiger Kommissar gegenüber den dortigen Reichsverwaltungen ist. Die verfassungsmäßige Ressortbegrenzung zwischen den Reichs- und den Reichslandverwaltungen und -behörden bleibt ja bestehen.

Der Haupteinwurf gegen diesen Vorschlag liegt auf der Hand: man kann ihn schlagwortartig in den Ausdruck fassen: Schaffung einer „Mainlinie“, wobei das „Reichsland“ (Preußen) einen noch viel stärkeren Einfluss im Reich hat als bisher, indem man den Dualismus Reich-Preußen zwar ziemlich aus der Welt schafft, dafür aber den Gegensatz Nord-Süd verschärft. Die unbedingte Hegemonie Preußens im Kaiserreich, durch mannigfache historische und staatsrechtliche Tendenzen

zen und Absichten veranlaßt, wurde schon vor dem Umsturz wesentlich geschwächt; und das zeigte sich in der Weimarer Verfassung noch fort. Die Länder waren jetzt nicht mehr souverän, sondern diese Souveränität ging auf das Gesamtvolk und damit den Reichstag über. Demgemäß zielen die Lutherischen Vorschläge ab auf eine gemeinsame Führung des Reiches und der Länder durch den stärksten einheitlich zu gestaltenden Machtfaktor, nämlich das Parlament und die von ihm abhängige Reichs-(Reichsland-)regierung. Wenn die Denkschrift aus dem Aufsehen der preussischen und sonstigen Ministerien in die Reichsministerien eine Schwächung Preußens nicht sieht, so hat diese Ansicht sehr viel für sich; andererseits wird man in Süddeutschland aber der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Regierung noch mehr „von Berlin aus“ beeinflusst wird als bisher. Einen Ausgleich dagegen bedeutet es nicht, daß über die Interessen nur des „Reichslandes“ etwa allein die dort gewählten Abgeordneten des Reichstags zu entscheiden hätten; praktisch kommt es ja aneignend der starken numerischen Überlegenheit der „Reichsland“-Vertreter bei Differenzen doch zu einer Majorisierung der anderen Ländervertreter.

Auch anderes läßt sich einwenden — aber Luthers Vorschlag hat ein wesentlich Gutes für sich: er will historisch Gewordenes nicht einfach in die Luft sprengen, um auf den Ruinen ein gänzlich neues Haus zu errichten. Diese Fundamente haben sich nämlich als viel härter erwiesen, als vorsehrliche „Reichsreformatoren“ es annahmen. Übrigens auch die preussischen Fundamente. Darum ist bei Luther auch nicht die Rede von einer — man verzeihe dieses nun einmal vorhandene, aber schneidende Wunde — „Verreichlichung“ Preußens oder von einer Majorisierung hinsichtlich seiner Sonderinteressen — namentlich im Osten — durch das Reich. Erfreulicher wäre es aber, wenn nun endlich recht bald die Behandlung der ganzen Frage „Reich und Länder“ aus dem Bereich mehr oder weniger privater Diskussionen und Denkschriften herausgeholt und praktisch in Angriff genommen wird.

Die Amerikafahrt des Graf Zeppelin verschoben

Die letzten Vorbereitungen für die Amerikafahrt.

In Friedrichshafen.
In der Zeppelinhalle herrschte am Dienstag reges Leben. Die letzten Vorbereitungen für die Amerikafahrt waren in vollem Gange. Fraggas wurde nachgefüllt, Brennstoffblaugas und Betriebsstoff für 120 Stunden wurden an Bord genommen, Proviant eingeladen, die Navigationsausrüstung vervollständigt und noch einmal überprüft und durch Instrumente und Seelarten ergänzt. Für Post und Fracht wurde 12 Uhr mittags die Annahme geschlossen. Auch das Gepäck für Passagiere soll nur 20 Kilo betragen, aber sozusagen um jedes Kilo wurde erbittert gekämpft, weil jeder Passagier so viel wie möglich mitnehmen wollte. Es mußte beruhigt, vermittelnd und geschlichtet werden. Immer neue Leute meldeten sich im letzten Augenblick an, um die große Reise über das Meer mitzumachen, aber es gab nur immer dieselbe Antwort, daß niemand mehr mitgenommen werden kann.

Nur bei dem Oberst Herrera von der Spanischen Luftschiffgesellschaft wurde eine Ausnahme gemacht. Alles in allem werden mit der Befahrung etwa 60 Personen an Bord sein. Der amerikanische Konsul erledigte die letzten Passformalitäten. Die Wisumfrage ist im übrigen ebenso geregelt wie bei den Dampfzügen.

Die große Frage, die alle beschäftigt, war natürlich, wann die Fahrt angetreten werden kann. Die Wetterlage über dem Ozean hatte sich leider nicht gebessert. Dr. Edener wies auf die Meldungen von Dampfzügen in See hin. Dadurch hatten sich die Aussichten für den Aufstieg verschlechtert. Natürlich ist deshalb auch die Route noch unbestimmt. Man spricht von dem südlichen Kurs, aber es wird auch diesmal wie bei allen anderen großen Fahrten so sein, daß sie im einzelnen erst auf der Reise genau bestimmt werden kann.

In Amerika.

Die Marinerverwaltung hat die Vorbereitungen in Lakehurst zur Landung des „Graf Zeppelin“ fertiggestellt und mehrere hundert Matrosen, ausgebildet in den Landungsmanövern des Flugschiffes, stehen in Bereitschaft für seine Ankunft. Die Telegraphen- und Telefongesellschaften haben ebenfalls besondere Maßnahmen getroffen, da sie erwarten, daß ihr Dienst gewaltig in Anspruch genommen werden wird. Flugzeuge werden die Nachricht des Eintreffens des „Graf Zeppelin“ verbreiten und die Eisenbahnen werden Sonderzüge einsehen, um die Massen der Zuschauer zu befördern. Der Rotary-Club und die Offiziere der Flottenstation beschäftigen, Dr. Edener, Kommandant Rosenbühl und der Mannschaft des Zeppelins ein Kontingent zu geben. Bei der Ankunft des Flugschiffes werden auch die deutschen Vereinigungen von New York, New Jersey und Philadelphia vertreten sein.

Amerikafahrt Edeners verschoben.

Wie am Dienstag spät abends bekannt wurde, ist der für Mittwoch beabsichtigte Aufstieg des „Grafen Zeppelin“ abgefallen. Dieser Entschluß mußte gefaßt werden, weil die Wetterlage außerordentlich schlecht ist. Die Karten zeigen so schwere Stürme über dem Ozean, daß Dr. Edener sich auferte, es wäre gefährlich, in sie hineinzufahren. Groß-Dampfer sind in See not gerufen. Dazu kommt noch, daß auch im Bodenseegebiet für Mittwoch mit heftigen Winden und Regen gerechnet wird.

Über 100 Tote bei einem Hauseinsturz in Prag.

Prag. An der Ecke der Barockstraße und der Bischofsstraße ist der große stufhöckerige Neubau des Geschäftshauses der Firma Jafschel samt dem davor errichteten Vaugerüst aus bisher noch ungeklärter Ursache eingestürzt. Das Gebäude war bereits unter Dach. Auf dem Bau waren etwa 50 Arbeiter beschäftigt, von denen der größte Teil verschüttet wurde. Soweit es sich bisher feststellen ließ, wurden etwa 40 Arbeiter noch vermisst, während etwa 20 schwer- und leichtverletzt bereits aus den Trümmern geborgen worden sind. Die Unfallstelle wurde sofort durch eine starke Truppenabteilung abgesperrt. Sämtliche Feuerwehren wurden alarmiert.

Prag, 10. Oktober. Nach den letzten Feststellungen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der bei dem großen Bauglück ums Leben gekommenen Personen an 100 betragen dürfte. Am zwei Uhr nachmittags traten insgesamt 87 Arbeiter zur Arbeit an. Außerdem arbeitete auf dem Neubau eine große Anzahl Monteure und Installateure. Davon scheinen die meisten verloren zu sein, da der ganze sechsstöckige Bau in sich zusammengebrochen ist. Da zur Zeit des Unglücks reger Straßenverkehr herrschte, der Gehsteig ober ebenfalls verschüttet wurde, besteht kein Zweifel mehr, daß viele Passanten, darunter mehrere Frauen, verschüttet wurden. Gegen acht Uhr abends wurde unter einer Betonmühle hervor die plattgedrückte Leiche einer jüngeren Frau geborgen. Es gehen, wie gewöhnlich bei solchen Katastrophen, viele Gerüchte um, welche sich nicht so leicht nachprüfen lassen. So hieß es, ein Architekt und ein Ingenieur hätten Selbstmord verübt und der Inhaber der Baufirma sei verhaftet worden. Es liefen auch Gerüchte um, daß ein Teil des Kellergerüstes unverfehrt geblieben sei. Daraufhin wurde versucht, vom Nachbargrund aus, das vorher vollständig geräumt wurde, die Kellermauern zu durchbrechen und Luft durchzupumpen, um eventuell Überlebende vor dem Ersticken zu retten.